



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule, Kultur und  
Städtepartnerschaften  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 10.05.2024

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften  
am Donnerstag, 16. Mai 2024, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 07.03.2024

### Bereich Schule

2. Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2024 -  
hier: Präsentation des Magistrats (Dezernate III und VI) zum Rechtsanspruch auf ganztägige  
Betreuung
3. **24-F-22-0009**

Standortsicherung der Amelia-Earhart-Schule  
-Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 7. Mai 2024-

Die Amelia-Earhart-Schule ist eine bilinguale ganztägige Grundschule mit flexibler  
Eingangsstufe ab 5 Jahren in Wiesbaden. Mit ihrem Angebot ist sie eine sehr gute Ergänzung

der Wiesbadener Schullandschaft und wird sehr gut angenommen, was die Verdoppelung der Schülerzahl innerhalb eines Schuljahres zeigt.

Die Schule hat am 23.06.2021 einen 5-Jahres-Mietvertrag für das ehemalige Schulgebäude der Fritz-Gansberg-Schule mit der Landeshauptstadt Wiesbaden abgeschlossen und seither ca. 1,2 Mio. € in die Renovierung und die Ausstattung der Schulgebäude investiert.

Um Planungssicherheit für weitere anstehende Investitionen wie z. B. eine Fassadenerneuerung zu erlangen und eine dauerhafte Standortsicherung in Wiesbaden zu erreichen, strebt die Schule an, das Gebäude zu erwerben, einen Erbbaurechtsvertrag oder eine Verlängerung des bestehenden Mietvertrages abzuschließen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. in Gespräche mit der Amelia-Earhart-Schule bis spätestens zu den Sommerferien 2024 mit dem Ziel einzusteigen, den Schulstandort langfristig zu sichern,
2. über die Ergebnisse des Gesprächs dem Ausschuss zeitnah zu berichten.

#### 4. **24-F-63-0029**

Startchancen-Programm

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02.05.2024-

Startchancen-Programm

Bund und Länder haben sich im Februar 2024 auf die Umsetzung des im Koalitionsvertrag des Bundes angekündigten "Startchancen-Programms" verständigt und stellen dafür jeweils 10 Milliarden über die nächsten 10 Jahre bereit. Das Startchancen-Programm soll einen zentralen Beitrag dazu leisten, den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Der Fokus des Programms liegt auf einer Stärkung der Basis-kompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen insbesondere im Grundschulbereich sowie der Weiterentwicklung der Unterstützungssysteme schulischer Bildung. So können über das Programm auch lernförderliche Umgebungen, Ausstattungen und Stellen für Schulsozialarbeit finanziert werden. Mit dem Programm wird unterstrichen, dass Schulen, Schulträger und Schulamt gemeinsam in der Kommune Bildungsverantwortung wahrnehmen müssen, um erfolgreiche Bildungsbiografien zu gewährleisten.

Der Anteil der Bundesgelder, der auf Hessen entfällt, beträgt ca. 8 % von der Gesamtsumme. Damit werden rund 320 Schulen in Hessen gefördert werden können. Das Programm soll am 1. August 2024 in Hessen mit 80 Schulen starten.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele und welche Schulen in Wiesbaden werden an dem Startchancen-Programm ab dem 01.08.2024 teilnehmen?
2. Wie wurde bzw. wird der Auswahlprozess für die teilnehmenden Schulen gestaltet?
3. Stellt das Land zusätzliche Mittel für die Komplementärfinanzierung des Programms zur Verfügung oder werden vorhandene Ansätze wie beispielsweise aus dem Löwen-start-Programm zur Finanzierung herangezogen?

4. Welche Maßnahmen sollen aus den drei zentralen Programmsäulen zur Stärkung der Schulen umgesetzt werden?

**5. 24-F-63-0031**

Beschulung von Schüler\*innen im sonderpädagogischen Förderbedarf geistige Entwicklung  
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 07.05.2024-

Im Schulentwicklungsplan der Stadt Wiesbaden verpflichtet sich die Stadt Wiesbaden, das Thema Inklusion auch weiterhin bei allen Schulbau- und -sanierungsprojekten von Anfang an mit in die Planungen aufzunehmen. Mittel- bis langfristig wird dort aber auch der Bedarf für eine weitere Förderschule mit dem Schwerpunkt gE (geistige Entwicklung) formuliert. Über den Ortsbeirat Breckenheim wurde bekannt, dass der Magistrat beabsichtige, das dortige alte Schulgebäude so zu ertüchtigen, dass dort eine neue Förderschule eingerichtet werden könnte.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im Ausschuss über den aktuellen Stand der Planungen bezüglich der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf eG (geistige Entwicklung) in Breckenheim und dem Stadtgebiet zu berichten.

**6. 24-F-05-0004**

Betreff: Regionale Schulentwicklungsplanung für berufliche Schulen  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 7. Mai 2024-

Das Projekt „Zukunftsfähige Berufsschule“ des Hessischen Kultusministeriums hat in den vergangenen zwei Jahren für viel Aufregung gesorgt, da Schulträger und Arbeitgeber die Abwanderung schulischer Ausbildungsangebote befürchteten. Neben den städtischen Gremien hat sich auch der Industriebeirat deutlich für den Erhalt des Berufsschulangebotes in Wiesbaden ausgesprochen.

Mit Schreiben vom November 2023 teilte der Magistrat mit, dass das Kultusministerium bis zum Sommer 2024 einen möglichst einvernehmlichen Vorschlag der Schulträger zur Neuordnung der Ausbildungsberufe erwarte und daher eine regionale Abstimmung erforderlich sei. Bereits bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des LHW für die allgemeinbildenden Schulen wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Schulentwicklungsplans des LHW und des Rheingau-Taunus-Kreises für die beruflichen Schulen in Aussicht gestellt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1) ob das Kultusministerium signalisiert hat, dass am Projekt „Zukunftsfähige Berufsschulen“ auch unter der neuen Landesregierung festgehalten werden soll.
- 2) ob bereits Ergebnisse zum Austausch der Schulträger zum Berufsschulangebot vorliegen.
- 3) wann mit einer Fortschreibung des Regionalen SEP für die beruflichen Schulen zu rechnen ist.

## 7. 24-J-42-0001

Gründung einer "Task Force" zur Evaluation der PISA-Studie und der daraus folgenden Verantwortlichkeiten für Wiesbaden

- Antrag Jugendparlament vom 14.12.2023 -

In enger Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Stadtschüler:innenrat Wiesbaden formulieren wir dessen Pressemitteilung aufgrund der hohen Relevanz in einem Antrag an die Wiesbadener Politik, da die Evaluation der PISA-Studie eine breite Verantwortlichkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden offenbart, dessen nachkommen wir als höchst prioritär erachten.

Die internationale Schulleistungsuntersuchung (PISA Studie) zeigt einen drastischen Abfall der Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland seit der letzten Veröffentlichung im Jahr 2018. Auch die Covid-19 Pandemie hat tiefe Bildungslücken im Schulsystem hinterlassen, welche es politisch schleunigst aufzuarbeiten gilt. Zum Zeitpunkt der Pandemie waren viele Schulen in Hessen nicht ausreichend auf eine derartige Situation vorbereitet. Der Unterricht hing maßgeblich von den digitalen Kompetenzen der einzelnen Lehrkräfte ab, es fehlten einheitliche Konzepte für den Fernunterricht und vielerorts gab es nur eine unzureichende digitale Infrastruktur.

Die Folgen: Lernrückstände, besorgniserregende Zunahme psychosozialer Probleme, Verfestigung der ohnehin bestehenden Unterschiede bei Bildungschancen für Kinder aus sozio-ökonomisch schlechter gestellten Familien. Zu allem hinzu kommt nach dem Ende der Pandemie auch ein eklatanter Lehrkräftemangel, welcher nicht zuletzt auf Landesebene anzusiedeln ist, die Kommune aber dennoch eine Verantwortung für die grundlegende Situation der Schulen besitzt.

Es droht ein erheblicher Bildungsrückstand der Schülerinnen und Schüler in Wiesbaden, der in den kommenden Jahren spürbar sein wird, wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden. Der anhaltende Abwärtstrend ist ein deutliches Alarmsignal, dass Deutschland, sowie Wiesbaden, sich mitten in einer Bildungskrise befindet.

Das Jugendparlament möge beschließen,

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wird gebeten,

Der Magistrat wird gebeten,

Eine Projektgruppe ("Task Force") zur Evaluation der PISA-Studie, in Bezug auf die Möglichkeiten der Kommune, den Rückständen im Bildungswesen Abhilfe zu verschaffen, zu gründen und jeweils eine Vertretung des Stadtschüler:Innenrates, des Jugendparlaments, des Schulamtes und des zuständigen Dezernates, sowie die Fachpolitischen Sprechenden der Fraktionen einzuladen.

In der Projektgruppe Lösungsansätze für Wiesbaden zu erarbeiten, um den in der PISA Studie aufgezeigten Missständen im Bildungswesen auf kommunaler Ebene entgegenzukommen.

## Bereich Kultur

### 8. Aktueller Sachstand Staatstheater

### 9. 24-F-22-0011

Eine neue Corporate Identity für die Landeshauptstadt  
-Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 7. Mai 2024-

Wiesbaden ist als Teil des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main World Design Capital 2026 (vgl. Antrag 23-F-69-0066 aus der Sitzung vom 07.12.2023 und Bericht des Magistrats vom 01.03.2024). Das aktuelle Corporate Design der Landeshauptstadt Wiesbaden feiert im kommenden Jahr sein 20-jähriges Bestehen.

Im Hinblick auf den Stellenwert der Kreativwirtschaft in der Rhein-Main-Region bietet sich die Ernennung zur World Design Capital 2026 hervorragend an, für das Jahr 2026 die Einführung einer neuen Corporate Identity anzustreben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu prüfen,

- 1.) ob im Zuge der zu ergreifenden Maßnahmen als Teil der World Design Capital 2026 ein Wettbewerb für eine neue Corporate Identity der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgelobt werden kann dem Ziel, ab 2026 ein neues einheitliches Erscheinungsbild präsentieren zu können,
- 2.) welcher finanzielle und zeitliche Aufwand hierfür benötigt wird,
- 3.) welche finanziellen Förderungen aus dem Bereich des WDC-Prozesses oder anderen Fördertöpfen zur Verfügung stehen.

### 10. 24-F-10-0009

Situation betreffend Ehrenmal auf dem Neroberg  
-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 23.04.2024-

Begründung:

Der Wiesbadener Neroberg ist einer der reizvollsten Orte der hessischen Landeshauptstadt und ein Anziehungspunkt für Einwohner und Touristen gleichermaßen. Dort befindet sich in herausragender Lage ein Ehrenmal zum Gedenken an die im 1. Weltkrieg gefallenen Soldaten des 80. Füsilier-Regiments. Die Anlage ist in einem unwürdigen Zustand. Die Grünflächen sind niedergetrampelt und teilweise vermüllt. Die Wege sind mit Scherben übersät. Die Inschriften auf den Gedenksteinen sind verwittert und vielfach nicht mehr lesbar. Das Schild, welches den Weg zur Anlage weist, liegt auf dem Boden.

Antrag:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen,  
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,  
der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist dem Magistrat der Zustand des Ehrenmals auf dem Neroberg der Landeshauptstadt Wiesbaden bekannt?

2. Welche Maßnahmen sind angedacht, um das das Ehrenmal auf dem Neroberg wieder in einen Zustand zu versetzen, der ein würdevolles Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten ermöglicht?

## 11. 24-F-22-0012

Zukunft des Feuerwehrmuseums  
-Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 7. Mai 2024-

Über viele Jahrzehnte wurde von Kameraden der Feuerwehr im Keller und den Fluren der Feuerwache 1 ehrenamtlich ein Feuerwehrmuseum aufgebaut und gepflegt. Aufgrund eines Wasserschadens im Gebäude mussten die Exponate des Museums geräumt werden. Ein Teil sei mittlerweile im Stadtmuseum und Stadtarchiv untergekommen. Das Feuerwehrmuseum war in seiner Ausprägung und Vielfalt eines der bedeutendsten in ganz Deutschland.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten,

- 1.) wie viele Exponate des geräumte Feuerwehrmuseum umfasst,
- 2.) wo diese derzeit untergebracht sind,
- 3.) welcher Raumbedarf für die Einrichtung einer Dauerausstellung benötigt wird,
- 4.) welche Optionen kurzfristig bestehen, um die Exponate gesammelt an einem Standort unterzubringen und ggfls. auch dauerhaft auszustellen.

## 12. 24-K-37-0001

Beschlussempfehlung des Kulturbeirats - Nothilfefonds Kultur

Die Beschlussempfehlung wird nachgereicht.

## 13. 24-K-37-0002

Beschlussempfehlung des Kulturbeirats - Aufnahme einer angemessenen Vergütung in die Förderrichtlinien

Die Beschlussempfehlung wird nachgereicht.

## Bereich Städtepartnerschaften

## 14. 24-F-15-0015

Aussetzung der Städtepartnerschaft mit Ocotal  
-Antrag der Fraktion FWG / Pro Auto vom 06.05.2024-

In seiner Sitzung vom 2. Dezember 2022 hat sich der städtische Kulturausschuss schon einmal mit der Städtepartnerschaft mit Ocotal beschäftigt und schon damals den Magistrat gebeten, sich zu den Auswirkungen der politischen Situation in dem lateinamerikanischen Land auf diese Städtepartnerschaft zu äußern. Geprägt war die damalige Diskussion im Ausschuss von einem

Unbehagen, weil sich in Nicaragua seinerzeit schon ein autoritäres Regime etabliert hatte, wie es sogar der Partnerschaftsverein 'Nueva Nicaragua' in seiner aktuellen Publikation zugibt. Der Magistrat hat sich in seiner Stellungnahme vom 4. Februar 2022 sehr vorsichtig dazu geäußert.

Nunmehr hat Nicaragua vor dem „Internationalen Staatsgerichtshof“ ein Verfahren gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord im Gaza-Krieg eingeleitet und begründet dies mit einem Verstoß gegen die Völkermord-Konvention, obwohl der Antragssteller selbst wegen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land im internationalen Visier steht.

Angesichts dessen ist die umstandslose Fortsetzung der Städtepartnerschaft höchst fraglich und sollte deshalb zwar nicht sofort beendet, sondern vorerst einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. die mit Ocotal bestehende Partnerschaft auszusetzen,
2. zu prüfen, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um die Städtepartnerschaft gegebenenfalls zu beenden.

15. Städtepartnerschaft Wiesbaden - Eldoret/Kenia

16. Verschiedenes (alle Bereiche)

## Tagesordnung II

### 1. 24-F-63-0011

„Starke Heimat Hessen“

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024-

-Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 17.04.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter der Vorgangsnummer zur Verfügung.

### 2. 23-F-22-0033

Antisemitismus an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten und CDU vom 29.11.2023-

-Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 04.03.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter der Vorgangsnummer zur Verfügung.

**3. 23-J-42-0017**

Einführung verpflichtender Digitalkonzepte an Wiesbadener Schulen  
- Antrag Jugendparlament vom 13.12.2023 -  
- Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 04.04.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter der Vorgangsnummer zur Verfügung.

**4. 23-V-40-0009**

**DL 10/24-3**

Grundsatzvorlage Sanierung, Umbau und Erweiterung Grundschule Schelmengraben

**5. 23-V-40-0023**

**DL 11/24-2 NÖ, 10/24-4**

Justus-von-Liebig-Schule Erweiterung auf 6-Zügigkeit Grundsatzvorlage

**6. 24-V-40-0004**

**DL 10/24-10**

Schwimmendes Bootshaus - Ausführungsvorlage

**7. 23-F-69-0066**

Wiesbaden als Teil der World Design Capital  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 4. Oktober 2023-  
- Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 01.03.2024-

Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter der Vorgangsnummer zur Verfügung.

**8. 24-V-41-0002**

**DL 11/24-5**

Änderungssatzung über die Benutzung der Stadtbibliotheken (Bibliothekssatzung)

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Nikolas Jacobs**  
Vorsitzender